

ICE Bypass – Schon fast eine politische „Telenovela“

Politiker beziehen klar Stellung für Mannheim

Mannheim. „Was ist eigentlich mit Baden-Württembergs Ministerpräsident Günter Oettinger los?“, mag man sich fragen. Schickte er noch vor einigen Wochen Staatssekretär Rudolf Köberle zu einem Gespräches in Sachen „ICE-Anbindung Mannheim“ mit OB Gerhard Widder und seiner Ludwigshafener Amtskollegin Dr. Eva Lohse sowie Eggert Voscherau (BASF) und Dr. Gerhard Vogel (IHK) nach Mannheim, so entstand jetzt der Eindruck, er setze sich mehr für Stuttgart 21 ein.

Unsere Redaktion hat sich daher bei den Mandatsträgern umgehört, und ein Stimmungsbild eingefangen. Für die Landtagsabgeordneten aus Mannheim, Helen Heberer und Dr. Frank Menstrup und die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt ist ganz klar: „Als traditionelles Transitland und exportorientierter Wirtschaftsstandort dürfen Baden-Württemberg und Mannheim nicht in den Verkehrsschatten geraten“. Deshalb seien sowohl Stuttgart 21 mit dem vollständigen Umbau des gesamten Bahnknotens Stuttgart und der Neubaustrecke nach Ulm als auch die Vollenanbindung des Hauptbahnhofes Mannheim mit dem Bau der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankfurt-Mannheim von größter Bedeutung für Baden-Württemberg“, so die Landespolitiker. Für Mannheims FDP-Stadtrat Volker Beisel steht fest „Die Landesregierung muss endlich klar Farbe bekennen, eine Lösung mit einem Bypass darf es nicht geben, da die zweitgrößte Stadt im Land nicht vom Schnellbahnnetz abgekoppelt werden darf“. Genauso sehen es auch MdB Dr. Gerhard

Schick, Bündnis 90/Die Grünen und Grünen-Stadtrat Wolfgang Raufelder. Für beide Politiker ist „Stuttgart 21 ein millionenschweres Prestige-Objekt des Ministerpräsidenten und der Landesregierung ohne erkennenswerten Nutzen für eine nachhaltige Verbesserung des Fernverkehrs“.

„Ich hoffe, dass die in den Medien und von der Region geäußerte Skepsis gegenüber der Verlässlichkeit von Ministerpräsident Oettinger nicht doch berechtigt war. Für mich ist schon bemerkenswert, mit welcher Vehemenz Oettinger sich für ‚Stuttgart 21‘ und die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm einsetzt und gleichzeitig das Thema Lückenschluss des europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes Frankfurt-Mannheim, Stärkung des Hauptbahnhofs Mannheim und Verhinderung des Bypasses vernachlässigt“, wundert sich auch MdB Lothar Mark, der damals als einer der Ersten auf die Thematik aufmerksam gemacht hatte.

Wie Bürgermeister Dr. Peter Kurz setzt er auf den Zusammenhalt der Metropolregion und den gemeinsamen Protest über alle Parteigrenzen hinweg. „Gerade die Metropolregion Rhein-Neckar als Wachstumsregion hat einen besonderen Anspruch darauf, dass sie entsprechend ihrer Bedeutung gewürdigt wird, insbesondere an der Schnittstelle der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz“.

Volles Vertrauen hat in Sachen ICE MdL Klaus-Dieter Reichardt. „Es gibt seitens des Ministerpräsidenten keine veränderte Position, und er hat spätestens beim Maimarkt 2006 vor mehreren tausend Zuhö-

bern seine Position klar gemacht. Diese entspricht zu 100 Prozent den Interessen von Stadt und Region. Die ständig neuen Spekulationen in der Tagespresse sollen einen Gegensatz zwischen Mannheim und Stuttgart darstellen, den es tatsächlich nicht gibt“, so Reichardt.

„Es findet nach meiner Kenntnis ein aufgrund einer Vermittlung von Dr. Eggert Voscherau vereinbartes Gespräch zwischen Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Verbandes Metropolregion Rhein-Neckar und Herrn Mehdorn statt. Das Gespräch dient dem gegenseitigen Kennenlernen. Soweit dabei das Thema ICE behandelt wird, hat es eine Abstimmung zwischen Frau Dr. Lohse und mir in den letzten Tagen gegeben“ erklärte Mannheims OB Gerhard Widder in einer Pressemitteilung zum Thema.

Davon völlig unberührt bleibt Widders Forderung an die Landesregierung in Stuttgart, der Metropolregion Rhein-Neckar bezüglich des Themas „ICE“ den gleichen Stellenwert zu geben, wie dies zu Recht für die Region Stuttgart geschehe. Dies bedeutet konkret, dass die Interessenlage der Metropolregion in einem Spitzengespräch unter Beteiligung des Landes Baden-Württemberg, der Region und der Stadt mit dem Bundesverkehrsministerium und der Deutschen Bahn im Sinne der Region zu einer umgehenden Lösung gebracht werden soll. Dies sei umso dringlicher, als die Entscheidung über den nächsten Bundesverkehrsweegeplan in den kommenden Wochen im Bundestag getroffen wird.

il
A
Fe
17
die
Uh
ter
An
be

obi